

Rede des FDP- Landesvorsitzenden Uwe Barth zum FDP- Landesparteitag

Sondershausen, Bergwerk „Glückauf!“, 25. April 2004

- Achtung. Sperrfrist: Es gilt das gesprochene Wort. -

- ANREDE - ,

Ich begrüße Sie alle recht herzlich zu unserem Parteitag und 700m unter Tage grüße ich Sie natürlich mit dem Gruß der Bergleute, mit einem herzlichen "Glückauf"!

Dieser Gruß, mit dem sich die Bergleute grüßen, ertönte in den vergangenen Jahrhunderten nicht nur hier in Sondershausen. Er erschalle in vielen Regionen Thüringens, in denen der Bergbau zum Teil sehr lange Traditionen hat und die er geprägt hat. Die Wahl des Veranstaltungsortes hat uns in den letzten Wochen einige Aufmerksamkeit beschert und der eine oder andere nahm dies auch zum Anlass für bissige und teils unsachliche Kommentare. Diesen Veranstaltungsort haben wir aber keineswegs leichtfertig oder wegen vordergründiger Publicity gewählt. Nein, – ANREDE – , wir haben einen Ort gewählt, der symbolisch steht für

1. Tradition,
2. Gegenwart und
3. Zukunft.

Bergbau ist lange und gute Tradition in Thüringen. Die gegenwärtige Lage des Landes spiegelt sich nicht nur an der A 4 wieder. Die gegenwärtige Lage Thüringens spiegelt sich vor allem in Regionen wie in Sondershausen wieder.

Hier, wo nach dem Zusammenbruch des Bergbaus, die Gegenwart durch große Probleme gekennzeichnet ist und wo man sich von der Landespolitik vernachlässigt fühlt.

Dieser Ort, an dem wir heute tagen, spiegelt aber auch Zukunft und Zukunftsfähigkeit wieder. Denn mit Traditionsbewusstsein und Unternehmergeist wird hier die Zukunft gestaltet. Nicht wegen, sondern trotz der aktuellen Politik, möchte man hinzufügen. Und das die Menschen uns besser verstehen als der eine oder andere Zeitungsschreiber, zeigen Leserbriefe, von denen ich Ihnen hier nur einen zur Kenntnis geben möchte: Herr Hust aus Sondershausen der Thüringer Allgemeinen folgendes geschrieben:

„In der Thüringer Allgemeine habe ich einen Artikel mit dem Titel Abschleppen und Mitregieren über die FDP gelesen. Ganz gleich wie das Programm der Liberalen aussehen mag, eines hat mich sehr gefreut und zwar, dass sie ihren Landesparteitag in Sondershausen durchführen. Auch mein Bekanntenkreis hat Zustimmung zu dieser Zeitungsmeldung ausgedrückt. Endlich schafft es eine Partei, mal etwas in unserer Region zu machen, was auf alte Thüringer Traditionen verweist. Die FDP geht ins Sondershäuser Erlebnisbergwerk, wo ich selber 34 Jahre gearbeitet habe. Nach der Wende habe ich, wie viele andere Kumpel auch, meine Arbeit verloren. Bis heute geht es in Sondershausen wirtschaftlich nicht aufwärts. Und von den großen Parteien habe ich in der Kreisstadt schon lange keine Veranstaltung gesehen. Deshalb finde ich gut, dass die FDP in den Kalischacht einfährt und auch Guido Westerwelle mitbringt. Glück Auf! Klaus Hust, Sondershausen.“

Unsere Absicht wird also ganz offenbar verstanden, zumindest von denen, für die sie gedacht ist, nämlich von den Menschen in unserem Land. Ich möchte nicht verheimlichen, dass die Auswahl dieses ungewöhnlichen Tagungsortes ein wenig mutig war. Manchmal aber, – ANREDE –, braucht es Mut, um seine Botschaften deutlich zu machen. Und wir zeigen als Liberale, dass wir Mut haben, dass wir auch ungewöhnliche Wege beschreiten, dass wir nicht nur einfach die vielbeschworenen „mutigen Schritte“ fordern – wie man heute gern hört – sondern dass wir selbst Mut beweisen und mutig in der Praxis sind. Der Leserbrief gibt uns recht und bescheinigt uns, dass es richtig war, mutig zu sein und unsere Botschaft auch in Form des Tagungsortes zu beweisen.

– ANREDE –

Diese Botschaft ist klar und deutlich: Die FDP geht vor Ort, in eine strukturschwache Region. Mit einem wichtigen Parteitag bleiben wir eben nicht in der Landeshauptstadt. Mit einem wichtige Parteitag gehen wir in eine vernachlässigte Region.

Wie die Bergleute gehen wir vor Ort und gewinnen. Die Bergleute gehen vor Ort und gewinnen. Sie gewinnen Erz, Salz oder Kohle, wir Liberale gewinnen die Menschen für uns und unser Programm, wir gewinnen Sympathie, wir gewinnen aber auch Erkenntnisse über die Probleme vor Ort und – ANREDE – am 13. und 27. Juni gewinnen wir auch die Wahlen in Thüringen.

– ANREDE –

Vor uns liegt die heiße Phase des Wahlkampfes. Wir beschließen heute unser Wahlprogramm. Es ist Ergebnis einer langen parteiinternen Diskussion. Es ist unsere Antwort auf die Probleme unseres Landes. Es enthält unsere Lösungen und es ist letztlich Grundlage unserer parlamentarischen Arbeit in den nächsten Jahren. Beginnen müssen wir dabei mit einer ehrlichen Zustands- und vor allem Problemanalyse. Und wer die Augen aufmacht, sieht die Hauptprobleme Thüringens. Sie liegen in folgenden Punkten:

1. Durch die seit Jahren anhaltende hohe Abwanderung verliert Thüringen gute und fähige Köpfe und fleißige Hände. Es sind junge Menschen, die unser Land verlassen, es sind aber auch erfahrene und leistungsstarke Fachkräfte. Ihr Fehlen wirkt sich auf Steuereinnahmen, Kaufkraft und Nachwuchs. Und damit wirkt sich ihr Fehlen unmittelbar auf den Standort Thüringen aus. Die Folgen sind verheerend.
2. Die Massenarbeitslosigkeit führt zu einer Verschlechterung des Investitionsklimas. Auch sie wirkt sich negativ auf Kaufkraft und Steueraufkommen aus. Sie führt aber vor allem zu enormen sozialen Problemen und Spannungen. Arbeitslosigkeit ist nicht vor allem eine Statistik, – ANREDE –, Arbeitslosigkeit ist vor allem eine Vielzahl von Einzel- und Familienschicksalen. Das Vertrauen der Menschen in die Gemeinschaft und auch in die Demokratie sinkt, wenn dieser soziale Sprengstoff nicht beseitigt werden kann.
3. Die Vorbereitung Thüringens auf die EU-Osterweiterung kann nur als absolut unzureichend bezeichnet werden. Die Osterweiterung könnte die Impulse geben, die Thüringen braucht. Dazu müssten Chancen und Risiken aber bekannt sein,

um darauf reagieren zu können und unnötige Befürchtungen beiseite zu lassen. Das betrifft Bürger und Wirtschaft. Hier hat die Politik kläglich versagt.

4. Das Schul- und Hochschulwesen in Thüringen bedarf dringender Reformen. Enge bürokratische und finanzielle Korsette verhindern freie Entfaltung, führen zu Demotivierung und letztlich zu teils gravierenden Qualitätsmängeln in Bildung und Ausbildung. Gerade Bildung und Ausbildung, Hochschulen und Lehre, Forschung und Wissenschaft haben Thüringen in der Geschichte groß gemacht. Das muss auch wieder so werden!

– ANREDE – ,

Das sind die wesentlichen Aufgaben für die nächste Wahlperiode, das sind die wesentlichen Probleme. Und für diese Probleme bieten wir Lösungen an. Unser Programm ist kein bunter Blumenstrauß an Forderungen, wir verzichten ganz bewusst darauf, ein 100-seitiges Programm vorzulegen. Wir bieten kein Papier an, aus dem sich jeder herauslesen kann, was er will. Unser Programm konzentriert sich auf die Hauptprobleme unseres Landes. Wir versprechen nicht jedem alles, aber wir versprechen und versichern, dass wir uns um diese unsere Schwerpunkte auch wirklich kümmern werden.

– ANREDE –

Thüringen braucht eine andere Politik. Das zeigt uns jeder Blick in unser Land. Was fehlt sind nicht nur Ideen. Die kann man ja zur Not bei der FDP abschreiben. Was fehlt ist vor allem Mut. Mut zur Veränderung ist deshalb eine Leitlinie, unter die wir unsere Politik stellen.

– ANREDE –

Thüringens Hauptproblem ist die Abwanderung. Jeden Tag verlassen 53 Menschen unser Land. Dieser Prozess konnte in den vergangenen Jahren nicht aufgehalten werden. Dieser Prozess hält unvermindert an! Und -- ANREDE -- dieser Prozess wird von der Landesregierung nicht als Problem erkannt. Im Wahlprogramm der CDU findet sich folgender bemerkenswerte Absatz: *****

Die Abwanderung junger Menschen ist eine Herausforderung für uns. Unser Ziel ist, sie davon zu überzeugen, dass es sich lohnt, die Perspektiven in ihrer Heimat zu

Ein einziges Mal auf über 40 Seiten beschäftigt, nein erwähnt die Regierungspartei dieses existenzielle Problem überhaupt. Und diese Erwähnung geht dazu noch in die völlig falsche Richtung. Es ist nämlich zum Einen nicht nur die Jugend, die Thüringen verlässt. Und zum Zweiten gehen diese Menschen nicht deshalb, weil sie ihre Chancen hier nicht nutzen wollen, sonder weil sie keine Perspektive haben. Das ist das Problem, – ANREDE – . Wie sieht denn die Realität aus? Thüringen hat durch die Abwanderung Menschen aus allen Bevölkerungsschichten verloren. Es gehen junge Absolventen, es gehen Meister, Unternehmer, Ärzte - es gehen Erfahrungs- und Leistungsträger aus allen Altersschichten. Und strukturschwache Regionen drohen regelrecht auszubluten, Sondershausen, der Ort unseres heutigen Parteitages ist davon ebenso betroffen, wie viele andere Gegenden unseres Landes. Dem muss entschieden begegnet werden. Und -- ANREDE -- dem kann man begegnen. Das muss man gezielt tun, die Gießkanne hat ausgedient. Aber ganze Landstriche veröden lassen, das hat unser Land und das haben vor allem die Menschen nicht verdient.

Um der Abwanderung zu begegnen muss man

- Wirtschaft ansiedeln
- Unternehmensgründungen unterstützen und
- Unternehmenserhalt und Unternehmenserweiterung ermöglichen und fördern.

Aber dazu muss man frei sein:

- frei von Ideologie
- frei vom "Feindbild" Unternehmer
- frei von dem krankhaften Zwang alles regeln und vorzuschreiben zu wollen und
- frei von der Vorstellung, ungestraft überall abkassieren zu können.

Denn die Strafe für solches Tun ist gewiss. Sie ist gerade zu beobachten. Die aktuelle wirtschaftliche Lage und die so genannten Wachstumsprognosen, das sind die Strafen, die es dafür gibt.

- ANREDE - ,

Wirtschaft sichert Arbeit, Arbeit sichert Einkommen, Einkommen sichert Existenz und eine gesicherte Existenz ist die Grundlage für die Gründung einer Familie. Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik! Das ist es, was wir, die Liberalen, als die Wahrheit erkennen und das ist es, was die derzeitige nicht liberale Politik, ich wiederhole es: nicht liberale Politik nicht erkennt. Aber eben dieser Kernsatz „Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik!“ ist der Grundsatz, auf den wir unserer liberale Politik konzentrieren werden. Die aktuelle Politik gibt uns ja Recht. Die enorme Abgabenlast und die irrsinnige Regelungsdichte sind die wesentlichen Hemmnisse für den wirtschaftlichen Aufschwung. Das gilt im übrigen nicht nur für Thüringen, das gilt für ganz Deutschland. Die hohen Hürden des von Rot-Grün wieder verschärften Kündigungsschutzes, - ANREDE - , und das ist das Ergebnis einer Umfrage unter Mittelständlern, diese Hürden sind mittlerweile das Einstellungshindernis Nummer 1! Der Kündigungsschutz wirkt! Er schützt. Nur leider doppelt falsch. Er schützt nämlich DIE Falschen vor DEM Falschen. Er schützt nicht etwa Arbeitende vor Entlassung, er schützt Arbeitslose vor Einstellung - - ANREDE - - das ist die Wahrheit, ob linke Parteien und Gewerkschaften das nun hören wollen oder nicht. Die Erde wurde auch nicht platter, nur weil ihre Scheibengestalt Staatsglaube war.

Und das trifft auch auf die Ausbildungsplatzabgabe zu. Abgeben werden hier viele. Die einen, vorrangig die Großen werden ihre Ausbildungsplätze abgeben. Gegen Gebühr an den Staat.

Die Kleinen - - ANREDE - - werden auch abgeben. In vielen Fällen wahrscheinlich den Löffel. Und sie werden ein paar Arbeitnehmer abgeben. Nämlich in die Arbeitslosigkeit, Und dort schützt Rot-Grün diese dann wieder. Vor Einstellung, siehe oben. Diese Abgabe vernichtet Arbeitsplätze, nichts weiter. Stellen wir uns doch nur mal die Ausnahmeregelungen vor. Was ist, zum Beispiel, wenn ein Azubi sich mehrfach bewirbt und kurz vor dem ersten Tag abspringt? Die Firma findet keinen neuen? Und dann? Soll diese Firma etwa zahlen? Was ist, wenn man so etwas vorsätzlich organisiert? Wer soll das kontrollieren? Wer soll allein diese Ausnahmefälle, nein diese Regelfälle, verwalten oder besser kontrollieren? Wir Liberale ahnen, was da für ein bürokratisches Monster entsteht. Diesen Irrsinn müssen wir verhindern, - ANREDE - , Abbau von Regelungen, nicht das Erfinden

neuer Bürokratie-Ungetüme ist das Gebot der Stunde! Dafür werden wir uns einsetzen!

Diese Art sogenannter Wirtschaftspolitik, dieser Grüne Regelungswahn, dieses gewerkschaftliche Neid- und damit Hass-säen, diese Art von ideologisch verbohrt Kleinkariertheit kann sich das Ländern nicht länger leisten. Hier werden Unschuldige zu Tätern erklärt. Nicht der Mittelstand und das Handwerk sind an der desaströsen Wirtschaftsentwicklung schuld, sondern die Politik. Das ist Fakt! Wir brauchen Freiheit, Freiheit zur wirtschaftlichen Betätigung, Freiheit zum wirtschaftlichen Aufschwung, Freiheit zum Bestehen auch im neuen, im größeren Europa.

– ANREDE – , hätte Ludwig Erhard 1949 solche Regulierungen vorgefunden, unter denen seit 1990 der wirtschaftliche Wiederaufbau in den Neuen Ländern stattfindet, das legendäre deutsche Wirtschaftswunder wäre nie zustande gekommen.

Und wenn sich diese Erkenntnis in Deutschland offenbar nicht durchsetzt, müssen wir sie in Thüringen - zunächst - alleine umsetzen. Die Erkenntnis nämlich, dass weniger mehr ist. Weniger Vorschriften, weniger Gesetze, weniger Kündigungsschutz und weniger Steuern bringen mehr unternehmerische Freiheit, mehr Handlungsspielraum, mehr Arbeitsplätze und mehr Investitionen und Konsum. Wenn man im Westen noch glaubt, sich "Grüne wählen leisten zu können" oder es vielleicht sogar noch kann, dann sage ich: Wir können es nicht und wir wollen es nicht. Und wenn man im Westen glaubt, die aktuelle Aufbau-Ost-Diskussion, sei eine ostdeutsche Diskussion, dann sage ich: träumt weiter, lasst euch weiter einlullen oder wacht auf und macht mit. Wir brechen jedenfalls auf, die "Regelungen West" haben den "Aufschwung Ost" lange genug behindert.

Und wenn die Besitzstandswahrer und ewigen Debattierer und Diskutierer nicht mitmachen, dann machen wir es eben allein, dann wollen wir eine Sonderwirtschaftszone, dann brauchen wir eine Sonderwirtschaftszone, oder eine Modellregion, oder ein Innovationsgebiet, egal, wie es heißt, auf den Inhalt kommt es an. Und dieser Inhalt ist: Weniger Vorschriften, weniger Gesetze, weniger Kündigungsschutz, weniger Steuern. Wir brauchen das in ganz Deutschland. Wenn es da nicht geht, dann machen wir es alleine, dann müssen wir es alleine machen. Wir haben Potenziale, und wir haben die Pflicht, diese Potenziale zu nutzen. Bürokratieabbau ist dafür eine Voraussetzung, es gehört aber mehr dazu.

– ANREDE –

Wirtschaft und Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Technologie, Landesentwicklung, Energie und Verkehr sind miteinander verbundene, aufeinander angewiesene Bereiche. In der nächsten Legislatur muss besonders die Verbindung zwischen der Wirtschaft und der Wissenschaft verstärkt ausgebaut werden. Die Forschungs- und Technologieförderung muss mit der Wirtschaftspolitik eng verzahnt werden. Thüringen verfügt über eine gute Hochschulstruktur. Wir müssen unser Wissen, unser Know-How und unsere Forschungsleistungen vor Ort und schnell in marktfähige Produkte umsetzen.

Die Wirtschaftspolitik muss sich ganz klar am Mittelstand ausrichten. Am Mittelstand, der mit seiner Kraft in unserem Land die meisten Arbeitsplätze sichert,

die meisten Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und die meisten Steuern zahlt. Diese Politik werden wir gestalten, das ist unser Ziel.

Was werden wir in der nächsten Legislatur dafür tun?

- ~~///~~ wir werden alles dafür tun, dass Thüringen Sonderwirtschaftszone wird.
- ~~///~~ wir werden konsequent deregulieren, Gesetze und Verordnungen abbauen und Genehmigungsverfahren vereinfachen.
- ~~///~~ wir werden den Tourismus als bedeutenden Arbeitgeber stützen durch Vereinfachung der Strukturen und länderübergreifende Kooperationen
- ~~///~~ wir setzen uns für die Legalisierung des Demontagerechts bei unbezahlten Handwerkerrechnungen ein und
- ~~///~~ wir werden dem Mittelstand die besondere Aufmerksamkeit der Thüringer Wirtschaftspolitik widmen

– ANREDE – ,

Das alles ist kein Selbstzweck. Thüringen existiert nicht im luftleeren Raum. Die Osterweiterung der Europäischen Union, die heute in einer Woche Realität ist, bringt Herausforderungen, Chancen und Risiken mit sich, auf die wir absolut ungenügend vorbereitet sind. Und wenn ich "wir" sage, dann meine ich auch uns alle, Bürger wie Unternehmer. Auf die Menschen kommt mit der Osterweiterung der EU die größte Herausforderung seit der politischen Wende 1989/90 zu. Sie fühlen sich damit von der Politik allein gelassen. Die Bürger haben Angst vor Abwanderung der Arbeitsplätze, vor Konkurrenz durch Billigarbeiter aus den Beitrittsländern und vor zunehmender Kriminalität.

– ANREDE –

Die Unternehmer befürchten nicht wachsende Konkurrenz. Nein, das ist unternehmerischer Alltag. Die Unternehmer in unserem Land befürchten Konkurrenz, gegen die sie sich nicht wehren können! Das ist der entscheidende Punkt. Sie können sich nicht wehren, weil sie das, was sie tun müssten, nicht dürfen. Diese mangelnde Vorbereitung geht auf das Konto der im Landtag vertretenen Parteien. Und sie geht natürlich auch auf das Konto der Bundesregierung, ein reines Landesthema ist das ja wohl nicht. Wenn sich aber der Kanzler mit blauen Briefen beschäftigen muss und der armani-mutierte Turnschuh-Kommunarde gerne europäischer Außenminister werden möchte, da bleibt für die Niederungen der Mittelstands- und Bürger-Probleme keine Zeit.

– ANREDE –

Anders ist es nicht zu erklären, dass man heute mit Recht feststellen muss: Europa kommt und wir sind nicht vorbereitet. Inzwischen ist die Zahl derer, die das erkannt haben, deutlich gewachsen, hat auch sehr prominenten Zuwachs erhalten, allein die Antworten sind rar. Die FDP sagt: Die Chance zur Vorbereitung ist verpasst, nachtrauern hat keinen Sinn. Her mit der Sonderwirtschaftszone, damit Wirtschaft hier einen wettbewerbsfähigen, attraktiven Standort TROTZ vergleichsweise hoher Löhne vorfindet und hierher kommt und hier bleibt. Denn die Löhne können und wollen wir nicht noch weiter absenken, wer so etwas will redet verantwortungslos dummes Zeug.

-- ANREDE --

Ich möchte aber eines klar stellen. Nicht weil die Osterweiterung in genau einer Woche Realität ist, müssen wir Deutschland und Thüringen reformieren. Nein, das ginge an der Wirklichkeit vorbei. Auch ohne Osterweiterung hat Deutschland eine Frischzellenkur seiner verkrusteten Strukturen nötig. Es steckt der Mehltau im Land. Die Erneuerung ist zu lange verschlafen worden. Nach der Wende im Osten wie insbesondere im Westen. Die Osterweiterung bietet uns aber die Chance, den Impuls, endlich auch diese Reformen anzugehen. Wir in Deutschland und vor allem wir in Thüringen werden in einer Woche das Zentrum Europas sein. Lasst uns endlich Reformen durchführen, die unser Land auch auf europäisches Niveau anhebt.

-- ANREDE --

Wenn man über Europa und Wirtschaftsstandorte spricht, wenn man Ziel 1-Gebiet in der EU-Förderung ist und das auch gerne bleiben möchte, wenn man die Vorbereitung verpasst hat und nicht untergehen will, wenn man als Zukunftsstandort in Europa wahrgenommen werden will, dann muss man sich über den eigenen Standort Gedanken machen. Dann muss man sich Gedanken machen, die über den Tellerrand hinausreichen. Tellerrand heißt in Deutschland und leider auch in Thüringen immer Landesgrenze. In Europa orientiert man sich jedoch an Regionen. Es ist, – ANREDE –, lassen Sie mich dies ganz deutlich sagen, es ist meine feste Überzeugung, dass die europäische Zukunft Thüringens in Mitteldeutschland liegt. In einem Mitteldeutschland, das bereits heute für viele Bereiche der Wirtschaft Realität ist, das sich in der Medienlandschaft mit dem MDR niederschlägt und das nicht nur auf eine lange Geschichte zurückblicken kann. Ziel ist es und muss es sein, einen zukunftsfähigen Wirtschaftsraum zu entwickeln und zu gestalten.

-- ANREDE --

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bilden dieses Mitteldeutschland und haben so als Region in Europa Zukunft, ob mit Länderfusion oder ohne.

Was macht die Landesregierung? Sie vereinbart eine "Initiative Mitteldeutschland". Von wegen Initiative! Unter den vereinbarten Punkten finden sich so zentrale Standortfragen wie die Kooperation bei der Luftaufsicht. Liebe Freunde, das ist Thema internationaler Zusammenarbeit, als Vorreiter dürfen sich die Herren CDU-Ministerpräsidenten hier kaum fühlen. Man sprach auch über die Nutzung der Forstfachschule in Schwarzburg und über eine "Sicherheitspartnerschaft" beim Justizvollzug. Innovation ohne Ende. Man muss ja aufpassen, dass Herr Althaus und seine Kollegen nicht eines Tages die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den drei Ländern verkünden und dies als ihre Initiative verkaufen.

-- ANREDE --

Kein Wort von gemeinsamer Standortpolitik. Kein Wort von gemeinsamer Wirtschaftsförderung. Kein Wort von abgestimmter Regionalplanung. Und erst recht kein Wort zu konkreten Projekten wie zum Beispiel Olympia 2012. Gerade dieses Projekt schreit nach Kooperation. Olympia für Mitteldeutschland, Mitteldeutschland

für Olympia. Leipzig, eine gute Stunde von Erfurt entfernt, bewirbt sich um eines der größten, globalen und völkerverbindenden Spiele. Und die Thüringer Landesregierung tut so, als ginge es sie überhaupt nichts an. Ich will es ganz deutlich sagen: Im 50-km Umkreis um Leipzig liegt ganz Ostthüringen. Die Region Mitteldeutschland könnte sich der ganzen Welt präsentieren. Und was macht Herr Althaus? Er fördert die Zusammenarbeit der Binnenschifffahrtsverwaltung. Die Landesregierung hat versagt, weil sie über ihren kleinen Tellerrand nicht hinaus geschaut hat. Olympia 2012 in Leipzig, an diesem Beispiel macht sich fest, woran sich die Länderkooperation Mitteldeutschland fest machen kann. Da hilft es wenig, jegliche Kooperation als Länderfusionspläne zu difarmieren und Ängste hervorzurufen. Nein, Länderzusammenarbeit ist ein Zukunftsthema. Es ist unser Thema. Die Zusammenarbeit der Binnenschifffahrtsverwaltung ist es nicht!

– ANREDE –

An dieser Stelle muss ich Karl-Hermann Flach zitieren: "Wenn die freie Gesellschaft in unserem Lande erhalten bleibt, dann wird die Lösung ihrer Probleme ungefähr in Richtung unserer Thesen erfolgen. Und dann werden sich große politische Parteien rühmen, diese Politik betrieben zu haben. Und unser Urheberrecht wird vergessen sein, weil wir bereits an neuen Problemlösungen arbeiten. Das ist das Risiko, aber auch die Chance einer vorwärts denkenden Partei."

Die Themen Sonderwirtschaftszone, Mitteldeutschland und andere bestätigen die Richtigkeit dieser Wort erneut.

– ANREDE – , und genau dieses Risiko müssen wir wieder eingehen, um die Chance auf eine erfolgreiche Zukunft für unser Land nicht zu verspielen, von anderen nicht verspielen zu lassen. Wer Risiken eingeht, beweist Mut. Mut haben wir Liberale.

– ANREDE – ,

All diese Rahmenbedingungen: Deregulierung, Standort und Projekte, brauchen wir in Thüringen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Eine innovative Wirtschaft, die technologisch hoch entwickelte Produkte auf den Markt bringt und die solche Produkte in Zusammenarbeit mit den ansässigen Forschungseinrichtungen entwickelt. Diese Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft, die Stärkung von Forschung und Entwicklung wird für Thüringen von ganz entscheidender Bedeutung sein. Eine Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist nicht nur eine einfache Zusammenarbeit. Nein, ich bezeichne sie als Symbiose. Biologisch Symbiose bedeutet, Zusammenleben zum gegenseitigen Vorteil. Politisch heißt dies bei vielen ideologisch verbohrteten Politikern nach wie vor Einmischung der Wirtschaft in die Wissenschaft. Nein – ANREDE – , dem treten wir entschieden entgegen. Eine Symbiose von Wissenschaft und Forschung bedeutet eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil für die Innovation, die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und damit der Menschen.

– ANREDE –

Das kann Politik alleine nicht leisten, da müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Aber auch hier muss Politik Rahmenbedingungen bieten. So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, die Fusion von STIFT und EAS längst überfällig. Bei Bernhard Vogel war das vor einigen Jahren schon mal Bestandteil einer Regierungserklärung, seither sind beide Stiftungen kontinuierlich gewachsen, von Vereinheitlichung keine Spur. Wir werden auch das anpacken. Wenn wir aber über eine technologisch geprägt Wirtschaft reden, dann müssen wir auch darüber reden, welche Anforderungen da an die Arbeitnehmer gestellt werden.

– ANREDE – ,

Man sagt so leicht: Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Wenn dem so ist, dann frage ich Sie: Wie steht es denn um unsere Zukunft. Wie steht es denn um unsere Zukunft, wenn die besten Köpfe dieser Welt auf der Suche nach den besten Ausbildungsmöglichkeiten nicht mehr nach Deutschland kommen? Die Söhne und Töchter vieler ausländischer Spitzenkräfte, die vor 30 Jahren noch in Deutschland studiert haben, gehen heute trotz hoher Studiengebühren in die USA. Die Botschaft, die dahinter steckt ist eindeutig. Sie lautet: Ihr seid nicht mehr gut genug, ihr seid nicht mehr flexibel genug.

Unsere Universitäten stehen im internationalen Wettbewerb und werden durch Vorschriften und Papierkram bevormundet, gegängelt und behindert. Verwaltungsanforderungen an Professoren, die forschen und lehren sollen, an wissenschaftliche Mitarbeiter, die an den Lehrstühlen und in den Laboratorien nach neuen Erkenntnissen forschen, an sie Verwaltungsanforderungen gestellt, die mittlerweile Schränke füllen. Und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Forderungen den Zweck der Kontrolle der eigentlich freien Wissenschaft dient.

– ANREDE –

Wir Liberale sagen: Gebt den Hochschulen mehr Autonomie. Lasst sie über ihre Personal- und Budgetangelegenheiten selbst entscheiden. Und in diesem Zusammenhang gehen unmögliche Forderungen nach Eliteunis an den eigentlichen Problemen vorbei, nein, lenken von den eigentlichen Problemen ab. Eliteunis kraft Kanzlerwort oder infolge staatlicher Gründung sind Unsinn, ANREDE, und das wird durch ständiges Wiederholen auch nicht besser. Universitäten sind Bildungseinrichtungen für die geistige Elite und sollen das auch bleiben.

Um es ganz klar zu sagen: Wir brauchen keine zentralistische Festlegung von Eliteuniversitäten. Wir haben viele international renommierte Institute, wir werden uns zu ihnen bekennen. Dazu gehört natürlich Geld, Bildung zum Nulltarif gibt es nicht, dazu gehört aber auch Freiheit. Freiheit von bürokratischer Bevormundung, Gängelung und Behinderung.

– ANREDE –

In der Berufsausbildung müssen Berufsbilder und Lehrinhalte den Anforderungen der Wirtschaft entsprechen. Wir bekennen uns ausdrücklich zum dualen Ausbildungssystem. Deshalb brauchen wir auch nicht 40 Prozent eines Jahrganges auf unseren Unis. Die wachsenden Studentenzahlen bereiten auch so schon genug

Probleme. Politik sollte nicht durch blindes kopieren fremder Systeme zusätzliche Schwierigkeiten provozieren.

– ANREDE –,

es war 1997 als Roman Herzog seine berühmte Rede über den Aufbruch in der Bildungspolitik hielt. Er sagte damals: "Wer sich den höchsten Lebensstandard, das beste Sozialsystem und den aufwendigsten Umweltschutz leisten will, der muss auch das beste Schulsystem haben." Träumen war erlaubt, bis die PISA-Studie kam. So gesehen kassieren wir heute die Quittung für die Versäumnisse der letzten Jahre. Ein Jahr nach der Rede kam Rot-Grün in Berlin an die Macht. In Thüringen lag das Kultusministerium in CDU-Hand. Das tut es seit 14 Jahren. Bildung ist Ländersache, das sollten wir dabei nicht vergessen. Interessant ist aber, wer damals Kultusminister war: Dieter Althaus. Unser Hans Dampf hat das sinkende Schiff aber recht schnell verlassen, sein Nachfolger hat das mit dem Herzogschen Aufbruch wohl missverstanden, seither jagt ein Aufbruch den nächsten im Thüringer Schulsystem.

Die zweifellos notwendigen strukturellen Reformen im Bildungssystem werden wir konsequent angehen. Schulen und Schüler, Lehrer und Eltern brauchen Klarheit, Zielorientierung, Planungssicherheit und Ruhe. Wir werden Schluss machen mit dem "Großschulversuch Thüringen".

Was werden wir in der nächsten Legislatur dafür tun?

- wir werden Haushalts- und Personalautonomie für Schulen und Hochschulen einführen,
- wir werden die Schulbildung leistungsorientiert gestalten,
- wir werden die Zugangsbarrieren für Gymnasien erhöhen,
- wir werden das gemeinsame Lernen in der Grundschule verlängern,
- wir werden die Lehreraus- und -weiterbildung verstärkt fördern,
- wir setzen uns für didaktische Eignungstests vor Aufnahme eines Lehramtsstudium ein.

– ANREDE –,

Trotz aller Probleme ist Deutschland ein reiches Land. Es gehört zu den reichsten Ländern der Erde. Und in diesem reichen Land ist es eines der größten Armutsrisiken, Kinder zu haben. – ANREDE –, lassen sie dies einmal einen Moment wirken. Kinder zu haben ist in unserem Land eines der größten Armutsrisiken, denen man sich aussetzen kann. Und das spiegelt sich in der demographischen Entwicklung auch ganz deutlich wieder. Wir überaltern, wir vergreisen, der nächste Schritt heißt: wir sterben aus. Aller Reichtum, alle Intelligenz und alle Einsicht in diese Tatsache haben es bis heute nicht vermocht, daran etwas zu ändern. Es ist, als sei uns selbst der Erhaltungstrieb abhanden gekommen. Wenn dem wirklich so wäre, hätten wir es auch verdient, auszusterben. Mutter Natur hat das so eingerichtet. Aber so ist es nicht, wir wehren uns. Und wieder einmal müssen die Liberalen die Vordenkerrolle übernehmen.

- ANREDE -

Die Familie steht unter dem besonderen Schutz des Staates. So will es das Grundgesetz, so will es auch die Thüringer Verfassung. Was aber ist eine Familie? Darüber ist nichts gesagt. Verheiratet, am besten kirchlich. Kinder kein Hindernis. So oder so ähnlich würde es wohl bei der Union klingen. Familienfest mit Freibier für Papa, bunter Blumenmischung für Mama und Limonade kostet was. So sieht die dazugehörige Familienpolitik aus. Diese Art Familienpolitik hat versagt, – ANREDE – , diese Art Familienpolitik hat nie wirklich funktioniert.

Wir Liberale sagen: Familie ist dort wo Kinder sind - Kinderlärm ist Zukunftsmusik! Das ist liberales Familienbild, das steht im Zentrum liberaler Familienpolitik. Kindern und ihren Eltern muss ein Stellenwert eingeräumt werden, der ihrer Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft entspricht. Um die Gesellschaft kinderfreundlicher zu machen, muss Politik familienfreundlicher werden, das ist die Aufgabe für die nächsten Jahre.

Nach wem aber richtet sich herkömmliche Politik? Nach dem Willen der Wähler. Und wer sind diese Wähler? Alle Menschen, die älter als 18 Jahre sind. Warum eigentlich werden fast 20 Prozent des Volkes, und vom Volke geht alle Gewalt aus, nicht vom volljährigen Volke, warum also werden fast 20 Prozent des Volkes von dieser Willensbildung ausgeschlossen? Ist es nicht an der Zeit, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen gleichberechtigt wahrzunehmen? Und ist es nicht vor allem an der Zeit, Politik zu zwingen, sich mit den Problemen aller Menschen gleichberechtigt zu beschäftigen? Dass Politik dies von sich aus tun könnte mag sein. Sie tut es nicht! Das haben die letzten 40 Jahre bewiesen. Deshalb fordern wir Liberale eine grundlegende, eine strategische Neuausrichtung der Familienpolitik. Weg von Kinderfesten als Mittel der Politik hin zu echter Interessenvertretung der nachwachsenden Generation. Natürlich geht das nicht von heute auf morgen.

– ANREDE –

Natürlich braucht es dazu umfangreicher Gesetzesänderungen, natürlich wird das kontroverse Diskussionen geben. Na und? Rom wurde auch nicht an einem Tag gebaut, Gesetze werden in Deutschland für weit weniger sinnvolle Dinge mit viel Hingabe geändert und vor Diskussionen brauchen wir keine Angst zu haben. Die Argumente sind auf unserer Seite. "Das geht nicht, weil" ist kein Argument, das ist Verstecken vor Problemen. Wir verstecken uns nicht, wir packen an. Lassen Sie uns auch dieses angehen, ganz im Sinne von Karl-Hermann Flach einmal mehr Vorreiter sein, lassen Sie uns den Familien zeigen, dass sie in der FDP einen echten Verbündeten haben.

– ANREDE –

Vor uns liegt die heiße Phase des Wahlkampfes. Wir müssen in diesem Wahlkampf unsere Ideen, unsere Vorschläge und unsere Köpfe präsentieren und wir müssen uns mit unseren Mitbewerbern messen und messen lassen. Und das können wir, wir brauchen uns nicht zu verstecken.

Die CDU hat noch die absolute Mehrheit, die wird sie nicht wieder erringen. Sie ist nicht nur selbstzufrieden bis zur Arroganz, sie ist auch lethargisch und orientierungslos. Der Ministerpräsident hält sich meist außerhalb Thüringens auf, präsentiert sich telegen bei Frau Christiansen und nimmt Orden in Österreich in

Empfang. Das Tourismuskonzept, mit dem sein Wirtschaftsminister derzeit arbeitet, ist 12 Jahre alt. Wenn ich Österreicher wäre, so einem Konkurrenten würde ich auch einen Orden verleihen.

– ANREDE –

Der Innenminister erklärt Kriminalität zum Topthema. Nach 14 Jahren Regierungstätigkeit und insgesamt 9 Jahren Besetzung des Innenministeriums durch die CDU lässt dies darauf schließen, wie die eigene Arbeit der letzten Jahre eingeschätzt wird. Auch hierfür herzlichen Glückwunsch. Wo auch immer man hingehet, überall hört man die Abgeordneten der Union sagen, was man alles machen muss, oder besser, machen sollte in der nächsten Wahlperiode. Stellen Sie denen doch mal die Frage, was sie bisher gemacht haben, warum nach 14 Jahren Regierungsarbeit so viele Themen noch immer ungelöst sind. Nur ein Beispiel: Wasser/Abwasser. "Dafür brauchen wir mindestens noch eine Legislaturperiode", sagt Herr Trautvetter. Das klingt so wie: Wenn es diese Legislatur nicht gelöst wurde, dann nehmen wir uns eben noch eine. Und wenn die nächste Legislatur nicht ausreicht, nehmen wir uns eben noch eine. Herr Trautvetter, fragen Sie mal die Betroffenen. Denen brennt jeder Tag unter den Nägeln. Mindestens noch eine Legislatur? Nein, höchstens eine halbe Herr Minister, sie hatten Zeit genug.

Ob Forschung oder Wissenschaft, ob Wirtschaft oder Landesplanung, ob Familie oder Bildung, ob Tourismus oder Infrastruktur. Kein Bereich, mit Ausnahme der Wissenschaft und Kunst, in dem die Union in den vergangenen 14 Jahren nicht mindestens 9 Jahre direkte Regierungsverantwortung hatte. Eine Menge Zeit, sollte man meinen. Betrachtet man die Ergebnisse, dann müssen das die kürzesten 9 Jahre der Geschichte gewesen sein.

– ANREDE –

Deutschland und Thüringen fehlen innovative Ideen. Deutschland und Thüringen fehlen Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Möglichkeiten und Technologien. Dieser Aufgabe muss sich Politik stellen. Gerade Angst vor möglichen negativen Auswirkungen neuer Technologien wird aber häufig politisch instrumentalisiert, ich möchte fast sagen, missbraucht. Technologiefurchung nennt man das. Und wissen Sie, – ANREDE – , wer hierfür ganz exemplarisch steht? Die Grünen! gerade die Grünen sind hierfür exemplarisch! Diese Partei, die sich so gerne als Reformmotor präsentiert, ist in Wahrheit das größte Bündnis gegen den technologischen Fortschritt, welches dieses Land jemals regiert hat. In den letzten 20 Jahren hat es fast jede technologische Innovation auf den grünen Verbotsindex geschafft. Vom Computer bis zur Kernspaltung, vom Mobilfunk bis zur Gentechnik und vom Transrapid bis zur Umgehungsstraße. Das Image der Grünen ist geprägt vom Erlaubtsein, ihr tatsächliches Wirken vom Gegenteil: dem Verboten. Die Grünen drangsalieren die Bevölkerung mit Dosenpfand und Getrenntmülltonnen. Sie quälen uns mit Ökosteuer und wollen Billigflugreisen verbieten. Sie hetzen Menschen gegen Castoren auf und beschweren sich jetzt über die hohen Kosten für Polizeieinsätze, weil sie als Verantwortungsträger der Geister, oder besser Ungeister, die ihnen zur Macht verholfen haben, nicht mehr Herr werden. Sie subventionieren Steinkohle und Windkraftanlagen, sie sind gegen hohe Staumauern für Talsperren, aber für in den Himmel reichende Windräder und halten das Heckenrodungsgesetz

für die größte Pleite der Landesregierung in den letzten Jahren - verstehe das wer wolle, ich verstehe es nicht.

Was ich aber verstehe, was die Bevölkerung verstehen muss ist, dass die Liberalen vom Gedanken an die Freiheit getrieben werden, die Grünen von der Angst davor. Die Grünen, – ANREDE – , die Grünen sind so liberal wie der Vatikan. Niemand übertrifft sie im Verhindern, regulieren und bevormunden. Das und nichts anderes ist es, womit sie uns auch in Thüringen beglücken wollen. Nein danke!

– ANREDE –

Die SPD hat uns im Vorfeld ihres Jenaer Parteitages einen Vorgeschmack auf das gegeben, was am Abend des 13.Juni losgehen wird, wenn es denn reichen sollte. Für Rot/Rot oder Rot/Rot/Grün. Beides würde man machen, da bin ich sicher, ob der Ministerpräsident dann Matschie oder Dewes heißt, ist im Ergebnis egal und das Ergebnis wird eine Katastrophe. Und auch die Grünen würden da mittun. Herr Fischer verkündete letztes in Erfurt mit Blick auf die Damen Rothe und Göring-Eckardt, er traue den beiden alles zu. – ANREDE – Darauf kann ich nur antworten: Ich traue den beiden Damen Rothe und Göring-Eckardt auch alles zu. Das kann ich Ihnen sagen. Und genau das ist das Problem. Rot/Rot für Thüringen, ob mit Grün oder ohne, darauf kommt's dann auch nicht mehr an. Rot/Rot für Thüringen wäre nicht nur Stillstand, das wäre Rückschritt in staatsdirigistische, unternehmerfeindliche Verhältnisse. Mit einem Satz: Das wäre das letzte, ANREDE, was Thüringen gebrauchen könnte. Und dass Rot/Rot/Grün kein Schreckgespenst ist, dass ich hier aufwerfe, beweisen die Umfragen der letzten Wochen. Rot/Rot/Grün ist realistisch, die letzte Prognose die vorliegt hat Rot/Rot/Grün eine Mehrheit bescheinigt.

– ANREDE –

Das irritiert uns allerdings nicht , das motiviert uns Liberale. Denn wir wissen, dass wir im Land gebraucht werden. Und wir haben unsere Ziele fest im Blick. Wir Liberale wissen, die Gesellschaft braucht keine Neiddebatte a la Erbschafts- und Vermögenssteuer, wir brauchen eine Kultur von Leistung und Anerkennung der Leistung und Leistungsbereitschaft auf allen Ebenen.

– ANREDE –

Unternehmer sind nicht die Melkkühe der Nation. Klein- und mittelständische Unternehmer sind vor allem Menschen, die mit persönlichem Risiko und persönlichem Einsatz Leistung erbringen, Arbeitsplätze schaffen und selbst rund um die Uhr arbeiten. Sie sind das Steuer-, Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzschaffende Rückgrat unserer Gesellschaft. Für sie selbst bleibt dabei am Ende eines Monats nicht selten weniger übrig, als für ihre Angestellten. Anerkennung der Leistung, nicht Neid auf das Erarbeitete ist es, was Unternehmer verdienen.

– ANREDE –

Lehrer sind nicht vor allem Menschen, die viel Urlaub machen, sich nicht um ihre Schüler kümmern und nur an eines denken: ihre Verbeamtung. Lehrer sind vor allem Menschen, die jeden Tag aufs Neue Wissen und Werte an unsere Kinder vermitteln und denen dabei Fähigkeiten abverlangt werden, die vom Dompteur bis zum

Psychologen reichen. Sie sehen sich zunehmend Erwartungshaltungen gegenüber, die unerfüllbar sind. Die Lehrerschaft ist permanent Ziel undifferenzierter Kritik, wenn Wunder ausbleiben. Die zunehmende Abwälzung von Erziehungsleistungen aus dem Elternhaus in die Schule ist eine Fehlentwicklung der die Gesellschaft entgegen wirken muss. Anerkennung ihrer Leistung, nicht Abstempeln zum Deppen der Gesellschaft ist es, was Lehrer verdienen.

– ANREDE –

Der Freistaat Thüringen hat Besseres verdient, als die Abgeordneten, die jetzt im Landtag sitzen. Thüringen hat mehr verdient, als die derzeitige Politik. Thüringen braucht Herzblut in der Politik. Wir, die Liberalen, wir, die FDP Thüringen, bieten den Bürgerinnen und Bürgern eine solche Politik an.

Und deshalb, liebe Freunde, sind unsere Ziele eindeutig:

1. Wir werden flächendeckend in die kommunalen Vertretungen einziehen, unsere Mandate verteidigen und ausbauen. Die FDP ist und bleibt stark vor Ort in den Gemeinde- und Stadträten, in den Kreistagen.
2. Wir werden in den Thüringer Landtag mit einer starken geschlossenen Fraktion zurückkehren. Und wir wollen Regierungsverantwortung übernehmen, denn nur in einer Regierung können wir unsere politischen Konzepte umsetzen. Und:
3. Wir werden mit einem starken Ergebnis eine starke liberale deutsche Vertretung im EU-Parlament ermöglichen und auch dafür sorgen, dass die Stimme Mitteldeutschlands bis nach Brüssel hörbar ist.

– ANREDE –

In dem berühmtesten Bergmannslied heißt es: Glück auf! Glück auf! Wer sein Gewerk im Berg verricht', der liebet sehr der Sonne Licht!

Lassen Sie uns in diesem Sinne wie die Bergleute dem Licht entgegenfahren. Lassen Sie uns einen offensiven Wahlkampf führen. Lassen Sie uns dann am 13. und 27. Juni die Früchte des Wahlkampfes ernten und lassen Sie uns dann mit der Arbeit für unser Land und unsere Kommunen, mit der Arbeit für unsere Heimat beginnen!

Vielen Dank